

Streitgespräch Peter Salvisberg und Reto Lindegger über die Vor- und Nachteile der Pro-Service-public-Initiative.

Hintergrund Seite 2

Rücktritt Der erfolgreiche Schwinger Pascal Gurtner beendet aus gesundheitlichen Gründen seine Karriere.

Sport Seite 23

Grillmeister Claus Ullmann sorgte für gut gebratenes Fleisch am Mittagstisch auf der Insel Werd.

Region Seite 18

Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861



Region

Idee: Mufflons für den Munotgraben

SCHAFFHAUSEN Der Schafsbock ist das Wappentier von Stadt und Kanton Schaffhausen. Deshalb schlägt Grossstadtrat Alfred Tappolet (SVP) vor, die Damhirschkolonie im Munotgraben durch Mufflon-Wildschafe zu ersetzen. «Es böte sich geradezu an, dieses Tier im Munotgraben anzusiedeln», so Tappolet in seinem Vorstoss.

Seite 16

Region

SP uneins über Grundeinkommen

SCHAFFHAUSEN Sollen die Einwohner der Schweiz ein bedingungsloses Grundeinkommen erhalten? Nein, sagt die Schaffhauser SP in ihrer Parole zu dieser Initiative. Zahlreiche Exponenten der Partei sehen das aber ganz anders: Sie engagieren sich im Befürworterkomitee und in Namensinschriften für ein Ja.

Seite 14

Sport

So geht es beim FCZ weiter

ZÜRICH Der Gang in die Challenge League ist für den FC Zürich Realität geworden. Während einige Chaoten ihren Frust in Gewaltexzessen verarbeiteten, sind die Clubverantwortlichen mit den Planungen für die kommende Saison beschäftigt. Denn nach dem Abstieg müssen die Zürcher einschneidende Veränderungen vornehmen.

Seite 21

Gsaat isch gsaat

«Mit kürzeren Asylverfahren sinkt die Attraktivität der Schweiz.»

Ruth Humbel Näf

Die Aargauer CVP-Nationalrätin verteidigte bei «Politik im Saal» die Änderung des Asylgesetzes.

G 7: Keine Zusage in Flüchtlingskrise

Kompromiss in Wirtschaftsfragen, Enttäuschung in der Flüchtlingskrise und Streit mit China. Der erste Tag des G-7-Gipfels in Japan brachte gemischte Ergebnisse.

ISE-SHIMA An dem zweitägigen Treffen im japanischen Ferienort Ise-Shima rund 300 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Tokio nehmen die Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas, Deutschlands, Grossbritanniens, Frankreichs, Italiens, Japans sowie zusätzlich der EU-Ratspräsident Donald Tusk und der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker teil.

Die sieben grossen Industrienationen (G 7) einigten sich gestern auf gemeinsame Anstrengungen zur Ankerbelung der Weltkonjunktur. Ungeachtet der Differenzen über Japans Forderung nach grösseren staatlichen Ausgabenprogrammen wollen die Staats- und Regierungschefs zum Ende ihres Gipfels heute eine «ökonomische Initiative» verabschieden. Auf dem zweitägigen Gipfel beraten die G 7 auch über die Konflikte in Syrien und der Ukraine, das Atomprogramm Nordkoreas sowie den Kampf gegen den Terrorismus.

Deutliche Gegensätze

In den Diskussionen zeigten sich deutliche Gegensätze: Japans Premier Shinzo Abe setzt auf staatliche Ausgabenprogramme, doch will Merkel spar-

sam bleiben und lehnt schuldenfinanzierte Anreizprogramme ab. Jedes Land müsse seine eigenen Lösungen für mehr Wachstum finden, sagte US-Präsident Barack Obama. Trotz des Aufrufs der Europäischen Union zu mehr internationaler Solidarität bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise rechnet Merkel nicht damit, dass die anderen G-7-Länder sich auf weitere Finanzhilfen und die Aufnahme von zusätzlichen Migranten festlegen.

Spannungen mit China

Ungeachtet von Drohungen aus Peking an die G 7, sich aus den Territorialstreitigkeiten im Ost- und Südchinesischen Meer herauszuhalten, mischt sich die Gruppe in den Streit ein. «Wir haben eine gemeinsame Haltung, dass

wir den Konflikt friedlich lösen wollen», sagte Merkel. Auch sei man sich einig, dass internationale Institutionen «hier auch legitimiert sind», sagte Merkel über das Schiedsgericht in Den Haag, das voraussichtlich im Juni über Chinas Ansprüche entscheiden wird. Peking will das Urteil nicht akzeptieren.

«Die G 7 sollten sich mit ihren eigenen Problemen beschäftigen, anstatt sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen», sagte die Sprecherin des Aussenministeriums in Peking. China erhebt fast auf das gesamte Südchinesische Meer Anspruch und streitet mit den Philippinen, Brunei, Malaysia, Vietnam und Taiwan um die fisch- und rohstoffreichen Gewässer. (sda/reu)

Mehr auf Seite 3

Handballmeister Die Kadetten zittern sich zum neunten Titel



Im fünften Play-off-Finalspiel setzten sich die Kadetten Schaffhausen gegen Wacker Thun knapp mit 30:28 (18:14) durch und sicherten sich zum neunten Mal in elf Jahren den Schweizer-Meister-Titel im Handball. In der Startphase führte meist Wacker. Aus dem 6:4 von Wacker bis zur 21. Minute wurde dann aber ein schneller 17:9 für die Kadetten. Diese verspielten aber ihre

klare Führung wieder. Zur Pause stand es 18:14, und in der 47. Minute betrug die Differenz nur noch ein Tor (24:25), in der 55. Minute schaffte von Deschwanden das nicht mehr für möglich gehaltene 27:27. Im Finish behielt das Heimteam dank Pendic ruhig Blut und durfte nach dem 30:28-Sieg ausgiebig feiern. Bild: Alexander Wagner

Mehr auf Seite 20

Schaffhauser Jazzfestival

Irène Schweizer erhält Ehrengabe

SCHAFFHAUSEN Der gestrige Abend im Kulturzentrum Kammgarn stand ganz im Zeichen der aus Schaffhausen stammenden Jazzpianistin und -pionierin Irène Schweizer, die am 2. Juni ihren 75. Geburtstag feiern kann. Das Programm bestritten Musiker, die die Jubilarin selbst ausgewählt hatte. Es traten auf die legendäre Bassistin Joëlle Léandre sowie der Saxofonist Domenic Landolf mit seinem Trio, zu dem sich auch der langjährige Duopartner Schweizer, Saxofonist Jürg Wickihalder, gesellte.

Die Geehrte selbst setzte sich erst ganz am Schluss, nach einer Performance des Thurgauer Dichters Michael Stauffer, selbst an den Flügel. Dort brillierte sie mit einem so inspirierten wie fulminanten Soloauftritt, ehe dann die Stunde der Ehrungen gekommen war. Erziehungsdirektor Christian Amsler, der selbst ein begeisterter Jazzler ist, überreichte der Pianistin, die als junge Frau aus der Stadt auszog und mithilfe, den europäischen Jazz zu revolutionieren, eine Ehrengabe in Höhe von 10 000 Franken. (Wü.) Weitere Berichte auf Seite 15

ANZEIGE



MEISTER KÜCHEN
Grosser Showroom in Uhwiesen!
A1408521 www.meisterkuechen.ch

Gewerbeverband

Urs Hunziker neuer KGV-Präsident

SCHAFFHAUSEN Der Schaffhauser FDP-Stadtrat Urs Hunziker wird ab Januar 2017 neuer Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes Schaffhausen (KGV). Er wird Nachfolger der heutigen Präsidentin Barbara Müller-Buchser. Das gab der KGV gestern an der Delegiertenversammlung in Stein am Rhein bekannt. Hunziker, der nach 16 Amtsjahren den Stadtrat verlässt, wurde gestern zusammen mit Philipp Früh in den KGV-Vorstand gewählt. (rf)

Hochkarätiges «Politik im Saal» zur Asylgesetzrevision

SCHAFFHAUSEN «Asylgesetzrevision: Beschleunigung oder Verschlechterung?», so lautete der Titel der Podiumsdiskussion «Politik im Saal» gestern Abend. Im Schaffhauser Zunftsaal zum Kaufleuten waren auf Einladung der «Schaffhauser Nachrichten» die beiden Politiker Christoph Blocher (SVP) und Ruth Humbel Näf (CVP) zusammengekommen. Moderiert wurde der gut besuchte Anlass von SN-Chefredaktor Robin Blanck.

«Das Gesetz konzentriert sich auf das Unterbringen von Asylbewerbern und nicht darauf, dass weniger kommen», sagte alt Bundesrat Blocher. Die Aargauer Nationalrätin Humbel war dagegen überzeugt, dass die Neuerungen im Asylwesen zu schnelleren Verfahren, tieferen Kosten und weniger Beschwerden führen. Trotz grosser Differenzen lieferten sich die beiden eine hochstehende und faire Debatte. (dj.) Mehr auf Seite 13

ANZEIGE

bühner
schöner wohnen

- Möbel
- Vorhänge
- Bodenbeläge

Rheinfallstrasse 7
8212 Neuhausen
052 672 16 30
www.buehner-wohnen.ch



5 0 0 2 1
9 77142060002

Wasserkraft Die Stromproduktion am Rheinfall soll erhöht werden. Das Gesuch ist in finaler Bearbeitung. **Region Seite 14**

Marktplatzpläne Der Gemeinderat macht einen neuen Anlauf, um den Andelfinger Marktplatz zu attraktivieren. **Weinland Seite 19**

Umstrittene Folgen der Asylgesetzrevision

Die Änderung des Asylgesetzes wird zu kürzeren Verfahren führen, sagte Nationalrätin Ruth Humbel Näf (CVP) bei «Politik im Saal». Daran zweifelt alt Bundesrat Christoph Blocher (SVP) gehörig.

VON DANIEL JUNG

Gemäss Ruth Humbel Näf, CVP-Nationalrätin aus dem Kanton Aargau, hat sich der Testbetrieb für das beschleunigte Asylverfahren in Zürich bewährt. «Die Testphase hat gezeigt, dass die Asylverfahren schneller erledigt werden, günstiger sind und dass die Asylsuchenden weniger Beschwerden einreichen», sagte Humbel gestern auf dem SN-Podium, das von Chefredaktor Robin Blanck moderiert wurde. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen sei es angezeigt, der Asylgesetzrevision am 5. Juni zuzustimmen.

Ganz anderer Meinung war ihr Gegenspieler, alt Bundesrat Christoph Blocher (SVP). «Bis jetzt wurde bei jeder Revision des Asylgesetzes versprochen, dass es danach schneller geht», sagte Blocher, «aber es hat danach immer länger gedauert.» In der aktuellen Revision seien es die «Gratisanwälte», die unentgeltliche Rechtsberatung, die sicherlich für weitere Verzögerungen sorgen würden. Das Hauptproblem im Schweizer Asylwesen, so argumentierte der ehemalige Justizminister, sei die zu hohe Attraktivität der Schweiz für Asylsuchende. «Und durch die Rechtsberatung wird die Schweiz nochmals attraktiver gemacht.»

Dem widersprach Ruth Humbel: «Wenn die Fristen in den Schweizer Asylverfahren verkürzt werden, dann macht das die Schweiz weniger attraktiv.» Durch die Rechtsberater in den Bundeszentren würden die Asylsuchenden realistisch über ihre Chancen orientiert, was die Abläufe beschleunige. Zudem könnten in den zentralen Bundeszentren bessere Sicherheitschecks zu den ankommenden Asylsuchenden durchgeführt werden.

«Bereits mit dem heutigen Gesetz wäre eine Beschleunigung möglich – wenn man denn wollte», entgegnete Blocher. Eine Zentralisierung führe kei-



«Für die echten Flüchtlinge haben wir immer Platz – das sind aber nur ganz wenige Prozent der Asylbewerber», sagte Christoph Blocher (r.) auf dem Podium zu Moderator und SN-Chefredaktor Robin Blanck sowie zu CVP-Nationalrätin Ruth Humbel Näf.

Bild Selwyn Hoffmann

neswegs stets zu besseren Resultaten. Das Asylsystem müsse gezielt darauf ausgerichtet werden, Schleppern das Handwerk zu legen. «Fast alle Migranten kommen mit Schleppern», sagte Blocher. Wenn die Schlepper in den Herkunftsländern damit Werbung

«Der italienische Justizminister hat mir selber gesagt: «Wir sind ein Durchgangsland, kein Asylland.»»

Christoph Blocher
alt Bundesrat (SVP)

machen könnten, dass fast alle Migranten in der Schweiz aufgenommen würden, dann fördere das dieses Geschäftsmodell. «Das müssen wir unterbinden!»

Ruth Humbel betonte, dass die in der Asylgesetzrevision vorgesehene

Beschleunigung eben gerade ein Mittel gegen Schlepper sei. Zudem, so Humbel, sollen künftig auch Fälle, die unter das Abkommen von Dublin fallen, rascher behandelt werden.

«Schengen-Dublin funktioniert überhaupt nicht», entgegnete Blocher. Etwa Italien halte sich nicht an die Verträge. «Der italienische Justizminister hat mir selber gesagt: «Wir sind ein Durchgangsland, kein Asylland.»» Deswegen müsse die Schweiz wieder konsequente Grenzkontrollen einführen. «Wir müssen Schengen-Dublin verletzen, wenn es alle anderen auch tun.»

Die Unterstützung für die Änderungen im Asylgesetz sei sehr breit, erklärte Humbel. Die Revision sei vom Bund gemeinsam mit Gemeinden und Kantonen erarbeitet worden. «Alle Kantone stehen dahinter», so Humbel.

«Die Kantone sind dafür, weil sie dann die Arbeit nicht mehr machen müssen», sagte Blocher. Gerne würden

diese die Verantwortung an den Bund abtreten. Generell, so kritisierte der SVP-Politiker, würde der Bund von zu optimistischen Annahmen und zu tiefen Flüchtlingszahlen ausgehen. Dies würde dazu führen, dass die Kapazitäten in den geplanten Bundeszentren nicht ausreichen werden. Deshalb werde der Bund das Instrument der Enteignungen auch einsetzen, das er mit der Revision erhalte.

Humbel wies darauf hin, dass Enteignungen nur für die Schaffung der Bundeszentren eingesetzt werden könnten und dass sämtliche Rekursmöglichkeiten erhalten blieben. «Es geht hier nicht um Kantone, die Privatwohnungen für Unterkünfte brauchen», sagte sie. Zudem zeichneten sich bereits Standorte für die sechs geplanten Bundeszentren ab, ohne dass dafür Enteignungen nötig seien. «Diese Möglichkeit wäre also nur eine Ultima Ratio», sagte Humbel.

Änderung Asylgesetz Worum es geht

Ziel der Revision Das grundsätzliche Ziel der Gesetzesänderung ist die Beschleunigung der Asylverfahren.

Beschleunigt Asylgesuche, die keine weitere Abklärung benötigen, und Verfahren im Dublin-System werden in einem beschleunigten Verfahren bearbeitet. Dieses soll maximal 140 Tage dauern. Dabei werden die Asylsuchenden in Bundeszentren untergebracht. Sie haben Anspruch auf kostenlose Rechtsberatung.

Erweitert Asylgesuche, welche weitere Abklärungen benötigen, werden in einem erweiterten Verfahren behandelt und den Kantonen zugewiesen.

Reaktionen Das Podiumsgespräch lieferte viele Argumente für beide Lager und erfüllte den Wunsch des Publikums nach vertiefter Information

«Tolle Leistung der SN, zwei solche Cracks aufzubieten»

► Der Publizist und Kommunikationsberater **Peter Hartmeier** ist an das Podium gekommen, um der Argumentation von Christoph Blocher zu lauschen. «Ihm zuzuhören, ist immer spannend, vor allem, weil er stets anderer Meinung ist als ich.» Die SVP habe sich bisher im Wahlkampf zurückgehalten, stellt Hartmeier fest. Ruth Humbel Näf kenne er zudem als gute Debattiererin. «Das Podium hat gezeigt, dass gut informierte und vorbereitete Gäste sich auch über emotionale Themen wie Ausländer und Mi-



Mariano Fioretti und Kirsten Brähler am SN-Podium. Bild Selwyn Hoffmann

gration sachlich unterhalten können», sagt Hartmeier. Dabei habe Blocher eher allgemein argumentiert. Humbel habe dafür konkret erzählt, wieso sie für die Revision des Asylgesetzes sei. «Tolle SN-Leistung, zwei solche Cracks aufzubieten», fügt Hartmeier an.

► **Kirsten Brähler** ist ohne eine gefestigte Meinung an das Podium gekommen und erhofft sich eine bessere Entscheidungsgrundlage für die Abstimmung vom 5. Juni. «Ich bin beeindruckt, wie viel Fachwissen beide Redner gehabt haben», bilanziert sie. So viele Informatio-

nen in so kurzer Zeit erhalte man nicht oft. Nun müsse sie diese sacken lassen. Auch dabei war **Mariano Fioretti**. Er unterstützt das SVP-Referendum, hat aber noch offene Fragen. «Es nimmt mich unter anderem wunder, wie es mit der Enteignung von Grundstücken aussieht», sagt er. Am Ende des Podiums haben sich seine Zweifel, die er gegen das neue Asylgesetz hegte, bestätigt. Weiter zufriedenstellend für ihn: «Alt Bundesrat Blocher ist so belesen und dokumentiert aufgetreten, wie ich ihn von früher her kenne.»

► Als störend empfindet es **Gädi Distel**, dass die SVP das Referendum ergriffen hat: «Sie sind doch stets für schnellere Asylverfahren gewesen», sagt sie. Erfreulich am Abend ist für sie, dass eine sachliche Diskussion statt-

gefunden hat. «Jede Partei hat ihre Argumente vorgebracht, aber nicht unter der Gürtellinie.»



► **Markus Schlatter** möchte sich am Podium in erster Linie genauer informieren. Er habe vor diesem eher zu einem Ja tendiert, sich aber von den «geschönten Ergebnissen» aus dem Testbetrieb des neuen Asyl-Bundeszentrums in Zürich blenden lassen. «Ich bin froh, hierher gekommen zu sein und meine Meinung geändert zu haben», sagt er.

► Klar für die Revision des Asylgesetzes ist weiterhin **Irina Zehnder**: «Es ist in meinen Augen absolut unwürdig, dass die Asylsuchenden so lange nicht wissen, was mit ihnen sein wird.» Es gehe doch um Menschen auf der Flucht und um die Menschenwürde. Verschärft man die Gesetze, erschwere man ihren Neubeginn im Leben. In der Podiumsdiskussion habe sie sich zudem mehr von Humbel erhofft: «Sie war nicht sehr kämpferisch, hat oft zugelächelt.» (tva)

